

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dora Heyenn, Mehmet Yildiz, Kersten Artus, Tim Golke,  
Norbert Hackbusch, Christiane Schneider und Cansu Özdemir (DIE LINKE)**

### **Haushaltsplan-Entwurf 2015/2016**

#### **Einzelplan 3.1**

#### **Aufgabenbereiche 241 und 243**

#### **Produktgruppen 241.03**

**241.04**

**241.05**

**243.01**

**Betr.: Für ein soziales Hamburg  
Mehr Geld in Inklusion und Berufsausbildung statt in Privatschulsubventionierung**

Zwei große Bildungsreformen dieses Jahrzehnts drohen unter dem SPD-Senat zu verkommen: die Inklusion aller Kinder und Jugendlichen ins allgemein bildende Schulwesen und die Reform der beruflichen Bildung.

Die Inklusion stellt eine der größten Herausforderungen im Bereich der Bildungspolitik der vergangenen Jahrzehnte dar. Der SPD-Senat will sie „kostenneutral“ (Drs. 20/4336). Zudem will er sie allein den Stadtteilschulen aufbürden. Dabei hatte die SPD in ihrem Wahlprogramm versprochen, dass sie die Stadtteilschulen zu einem „Erfolgsmodell“ machen will. Weiterhin hatte sie versprochen, dass für die Inklusion „nach dem Vorbild der seit Jahren erfolgreichen „Integrationsklassen“ und „integrativen Regelklassen“ weitere Angebote geschaffen werden“ sollen.

Diese Versprechen hat der SPD-Senat gebrochen. Immer mehr Eltern schicken nach Klasse 4 ihre Kinder aufs Gymnasium, weil sie von dem SPD-„Erfolgsmodell“ nicht überzeugt sind. Die Integrationsklassen und integrativen Regelklassen schafft der SPD-Senat aus Kostengründen ab.

Gleichzeitig ist Hamburg Spitzenreiter unter allen Bundesländern bei der Subventionierung von Privatschulen. Nach dem Hamburgischen Gesetz über Schulen in „freier“ Trägerschaft (HmbSfTG) erhalten private Regelschulen Finanzhilfen in Höhe von mittlerweile 85 Prozent des Schülerkostensatzes. Private Sonderschulen bekommen sogar 100 Prozent (§ 15 fortfolgende HmbSfTG). Damit hat sich die Subventionierung von Privatschulen in den letzten zehn Jahren von 68 Millionen Euro auf 138 Millionen Euro mehr als verdoppelt. Außerdem wird „das am besten ausgestattete Schulgebäude Deutschlands“ („Hamburger Abendblatt“ vom 21.10.09), die Internationale Schule, mit 1,7 Millionen Euro gefördert (2008 waren es noch 1,1 Millionen Euro, geplant sind für 2014 sogar über 2 Millionen Euro), obwohl es hiergegen erhebliche verfassungsrechtlich Bedenken gibt (Avernarius, Die Herausforderung des öffentlichen Schulwe-

sens durch private Schulen, Frankfurt 2011, Seite 19 fortfolgende). Für eine derart großzügige Subventionierung von Privatschulen gibt es weder eine pädagogische noch eine soziale Notwendigkeit.

Im Bereich der beruflichen Bildung hatte die SPD versprochen: „Alle Schülerinnen und Schüler haben nach Abschluss der allgemein bildenden Schulzeit ein Recht auf eine berufliche Ausbildung. Unser Ziel ist es, dass alle jungen Erwachsenen in Hamburg entweder das Abitur machen oder eine klassische Berufsausbildung absolvieren.“

Von diesem Ziel können die Jugendlichen in Hamburg nur träumen. Im zurückliegenden Berufsberatungsjahr von Anfang Oktober 2013 bis Ende September 2014 haben nur 42,3 Prozent der bei der Arbeitsagentur Hamburg registrierten Bewerberinnen und Bewerber einen Ausbildungsplatz erhalten. Diese Zahlen signalisieren einen dringenden Handlungsbedarf im Interesse unserer Jugend.

Was aber macht der SPD-Senat? Entgegen seinem Versprechen „spart“ er am Hamburger Ausbildungsmodell. Waren ursprünglich für das Schuljahr 2014/2015 noch 1.100 Plätze vorgesehen (siehe Drs. 20/2485), so will er sie jetzt um mehr als die Hälfte auf 470 Plätze halbieren (Drs. 20/12733). Das haben die Hamburger Jugendlichen nicht verdient. Sie brauchen eine sofortige Ausbildungsgarantie. Diese kann durch eine landesbezogene Ausbildungsumlage finanziert werden (siehe dazu die Anträge der SPD-Fraktion Drs. 19/27 vom 12.03.08 „Kleine Betriebe besser unterstützen – mehr Ausbildungsplätze durch Einrichtung einer Umlage für mehr Ausbildungsplätze“ sowie Drs. 20/4330 vom 30.05.12 „Ausbildungsumlage für die Altenpflegeausbildung“).

**Die Bürgerschaft möge beschließen:**

1. Die Zahl der Lehrerstellen wird in der Inklusion entsprechend den bewährten und anerkannten Standards der Integrativen Regelklassen im Grundschulbereich und der Integrationsklassen im Sekundarbereich I schrittweise aufgestockt.
2. Die Privatschulförderung ist schrittweise auf das bundesweit übliche Niveau von 70 Prozent des Schülerkostensatzes zurückzuführen. Die frei werdenden Mittel sind für die Inklusion zu verwenden.
3. Jugendliche, die bei Agentur für Arbeit Hamburg als „Bewerber/-innen“ registriert sind, denen mithin die „Ausbildungsreife“ bestätigt worden ist, die aber keine Lehrstelle bekommen haben, und Absolventinnen und Absolventen, die die Berufsvorbereitungsschule mit Erfolg absolviert haben, erhalten eine Ausbildungsgarantie. Sie erhalten einen Platz in der Berufsqualifizierung, dem ersten Ausbildungsjahr des Hamburger Ausbildungsmodells.